Stand: 15.12.2025 21:53:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8095

"Märkte gestalten statt Krisen verwalten - Milchbauern nicht länger im Stich lassen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8095 vom 29.09.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 30.09.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9280 des LA vom 25.11.2015
4. Beschluss des Plenums 17/9464 vom 09.12.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 61 vom 09.12.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.09.2015 **Drucksache 17/8095**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Märkte gestalten statt Krisen verwalten – Milchbauern nicht länger im Stich lassen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, unverzüglich ein umfassendes Liquiditätshilfekonzept für in finanzielle Not geratene Betriebe zu entwickeln.

Insbesondere soll eine Direktbeihilfe für die Milchviehhalter im Rahmen einer „De-minimis"-Beihilfe sowie ein Zinsverbilligungs- und Bürgschaftsprogramm zur kurzfristigen Sicherung der Liquidität der bäuerlichen Milchviehhalter angeboten werden.

Weiterhin wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Schaffung von Kriseninstrumenten einzusetzen, welche im Falle eines Versagens der Märkte das Milchangebot der tatsächlichen Nachfrage anpassen.

Hierzu muss die Einführung einer branchenfinanzierten, kurzfristigen und freiwilligen Reduktion der Milcherzeugung zur Stabilisierung des Preisgefüges geprüft und gegebenenfalls vorangetrieben werden.

Begründung:

Jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern ist von der Land und Forstwirtschaft abhängig. Die bäuerlichen Familienbetriebe sind der Motor des ländlichen Raums und sichern die notwendige Wertschöpfung vor Ort. Die Demonstration vieler tausend Milchbäuerinnen und Milchbauern in München zeigt, wie dramatisch die Lage auf den Betrieben ist.

Die anhaltende Krise bringt viele Betriebe an den Rand des wirtschaftlichen Ruins, was erhebliche Folgen für unsere bäuerliche Struktur im ländlichen Raum und die einzigartige bayerische Kulturlandschaft haben wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Strukturen der Liberalisierung der Märkte geopfert werden!

Bayerns Bäuerinnen und Bauern produzieren an 365 Tagen im Jahr knapp 8 Mio. Tonnen Milch, das sind 25 Prozent der gesamtdeutschen Produktion, außerdem beschäftigt die bayerische Molkereiwirtschaft rund 15.000 Menschen (Stand 30.09.2013, alle im Betrieb tätigen Personen einschließlich Inhaber und unbezahlte Familienangehörige). Dies zeigt, welche enorme Bedeutung dem Milchsektor für die bayerische Wirtschaft, insbesondere im ländlichen Raum, zukommt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Euro auf 27,5 Millionen Euro erhöht. Obendrauf gibt es 10 Millionen Euro aus dem allgemeinen Wohnraumfördertopf. Wir erreichen damit fast 37 Millionen Euro; die FREIEN WÄHLER haben 40 Millionen Euro gefordert. Ich betone, dass wir die Mittel im Haushalt 2015/2016 noch einmal um 3 Millionen Euro erhöht haben.

Wenn Sie es wissen wollen, dann sage ich Ihnen auch diese Zahlen: Derzeit sind rund 1.000 Wohnheimplätze im Bau. Für weitere 1.500 Wohnheimplätze liegen konkrete Planungen und sogar schon Förderzusagen vor. Wenn Sie den Bestand betrachten und die in Bau befindlichen und die geplanten Wohnungen mit hinzunehmen, dann liegen wir nicht mehr bei 10 %, sondern kommen auf über 11 %. Jetzt können Sie die Bilanz aufmachen und sich die Steigerung der Studierendenzahlen anschauen, sehen dabei, was in Bezug auf Wohnheimplätze nachgeholt worden ist, und erkennen, dass wir ganz ausgezeichnet dabei sind.

Aus diesem Grund ist der Antrag völlig überflüssig. Ich bitte, dem Antrag der CSU zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Glauber hat sich ganz zum Schluss noch gemeldet. Herr Kollege, Sie haben das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär Eck, im Haushalt stehen jetzt 22,5 Millionen Euro. Sie haben es angesprochen: Durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit holen Sie sich natürlich immer Geld. Wir haben aber das Problem, dass es zu wenig Wohnraum gibt. Bund und Land brauchen also höhere Wohnraumbeträge. Wenn das so ist, dann seien Sie doch so ehrlich und schreiben gleich 37,45 Millionen Euro in den Haushaltsansatz. Schreiben Sie den tatsächlichen Bedarf hinein, damit wir dem Thema gerecht werden. Ich fordere Sie als Staatssekretär auf: Gehen Sie ins Kabinett hinein und verhandeln Sie das. Das wäre ehrlicher, als zu sagen: 22 Millionen Euro schreiben wir hinein, und dann schauen wir einmal, ob irgendwo Titel gegenseitig deckungsfähig sind. So ist es kein ehrlicher Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Glauber. – Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Ehrlich ist es so, wie wir es handhaben. Wir schreiben die Mittel für jene Projekte hinein, bei denen wir sicher sind, dass wir sie auch umsetzen. Wenn wir aufgrund von Konferenzen, die wir vor Ort – in Würzburg und München; weitere stehen aus – mit den Präsidenten, mit den Studentenwerken, mit den Oberbürgermeistern oder den Bürgermeistern abhalten, weitere Grundstücke bekommen und hierdurch Flächen für zu schaffende Wohnheimplätze frei werden, dann werden wir die Summe aus unseren verschiedenen Töpfen entsprechend ergänzen. Deshalb ist es im Haushalt letztendlich so vorgesehen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8089 – das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Dies sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8102 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8103. Das ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion. Wer ihm seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8091 bis 17/8096 und 17/8104 und 17/8105 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Ich gehe nun zurück zu den Dringlichkeitsanträgen, die das Asylrecht betreffen. Für zwei dieser Dringlichkeitsanträge ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Wir kommen jetzt zur Abstimmung im Einzel-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.11.2015 **Drucksache** 17/**9280**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**8095**

Märkte gestalten statt Krisen verwalten - Milchbauern nicht länger im Stich lassen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Martin Schöffel**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 31. Sitzung am 14. Oktober 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 90. Sitzung am 25. November 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Angelika Schorer
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 08.12.2015 **Drucksache 17/9464**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**8095**, 17/**9280**

Märkte gestalten statt Krisen verwalten – Milchbauern nicht länger im Stich lassen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Dr. Leopold Herz
Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Horst Arnold
Abg. Martin Schöffel
Abg. Gisela Sengl
Abg. Klaus Steiner
Staatsminister Helmut Brunner

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 23 und 24** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Interventionspreis bleibt auf niedrigem Niveau - Soforthilfe für die Milcherzeuger (Drs. 17/7784)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Märkte gestalten statt Krisen verwalten - Milchbauern nicht länger im Stich lassen! (Drs. 17/8095)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Ich darf jetzt schon bekannt geben, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung zu ihrem Antrag auf der Drucksache 17/7784 beantragt hat. Der erste Redner ist Herr Kollege Dr. Herz. Bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln zu später Stunde ein sehr wichtiges Thema.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es ist 17.40 Uhr, eine vernünftige Zeit!)

Die Situation auf dem Milchmarkt ist besorgniserregend und dramatisch. In den letzten Wochen und im ganzen Jahr hatten wir negative Milchpreisentwicklungen. Der Kieler Rohstoffwert beschreibt den Nettopreis ab Hof pro Kilogramm Milch. Er ist ein Preisindikator. Im September hat der Preis 23 Cent pro Kilogramm Milch betragen, im Oktober 25,1 Cent und jetzt wieder 24,3 Cent – Sie sehen, wir treten auf der Stelle. Die Tendenz geht eher nach unten.

In Bayern haben wir 34.000 Milcherzeuger. Diese Existenzen sollten wir erhalten. Bei dieser Preisentwicklung werden wir uns jedoch schwertun. Zudem verramschen die

Discounter den Liter Vollmilch für rund 50 Cent. Die Preisentwicklungen am Milchmarkt unter 30 Cent sind von einer Dramatik, die ihresgleichen sucht. Wir sind dringend gefordert.

Im Folgenden will ich in aller Kürze vier Punkte ansprechen. Zunächst möchte ich auf unseren Antrag zu sprechen kommen. Wir fordern erstens die Bündelung der Interessen der Milcherzeuger. Ich höre immer wieder: Das müssen die Landwirte selber machen. Meine Erfahrung ist, dass der Staat kräftig mithelfen muss; denn sonst sagt der eine Landwirt: Mach Du es. Der andere Landwirt sagt: Ich mache es sicher nicht, weil Du es machst. Somit müssen wir von staatlicher Seite entschieden mithelfen. Wir befinden uns bei der Bündelung der Interessen der Milcherzeuger noch in einem Ungleichgewicht. Der Lebensmitteleinzelhandel, die Molkereien und Landwirte verhandeln nicht auf Augenhöhe. Die Landwirte bekommen nach wie vor, was übrig bleibt. Diese Situation müssen wir ändern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die zweite Forderung betrifft den Interventionspreis. Darauf will ich nicht weiter eingehen, da sich alle Parteien in diesem Hause einig sind. Die Rede war von 25 Cent. Das wurde jedoch vonseiten der EU von Agrarkommissar Hogan entschieden abgelehnt. Eine Erhöhung hätte die Märkte jedoch stabilisiert.

Drittens fordern wir die Prüfung des Antrags des Bundes der Milchviehhalter für eine kurzfristige Mengenreduzierung. Nicht nur die Fachleute sind sich darin einig, dass nach dem Wegfall der Russland-Exporte zu viel Milch auf dem Markt ist. Nachdem es sich um einen freien Markt handelt, ist es klar, dass Probleme anstehen. Wir müssen die Abschlüsse, die im Oktober getätigt wurden, berücksichtigen. Diese gelten ein halbes Jahr. Selbst wissenschaftliche Prognosen belegen, dass der Milchmarkt bis zum Jahr 2020 in dieser verheerenden Situation bleiben kann.

Ich will in aller Kürze zum SPD-Antrag Stellung nehmen. Wir werden ihm zustimmen. Er fordert im Rahmen der De-minimis-Regelung weitere Hilfen, vor allem im Hinblick

auf zinsverbilligte Darlehen. Diese hat auch der Bauernverband gefordert. Das wird kommen. Man muss jedoch bedenken, dass die Gelder wiederum von den Bauern stammen. Im nächsten Punkt werde ich darauf eingehen. Die zweite Forderung ist mit der Forderung der FREIEN WÄHLER nach der Prüfung einer kurzfristigen Mengenregulierung identisch.

Neulich habe ich in Herrsching den Agrarkommissar Hogan hören dürfen. Wer diese Rede gehört hat, braucht sich nicht viel Hoffnung machen. Es wurde viel gesagt, aber wenig mitgeteilt. Agrarkommissar Hogan hat gesagt: Wir müssen die Produktion aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung steigern. Es ging um den aktuellen Milchmarkt.Man muss sich fragen, ob dieser Agrarkommissar noch von dieser Erde ist. Die Art, wie er sich dann aus dem Staub gemacht hat, spricht Bände. Ich war ein bisschen verwundert, dass er am Ende der Diskussion Beifall bekommen hat.

Ich komme zu einem letzten Punkt, weil meine Zeit abgelaufen ist.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Deine Zeit ist nicht abgelaufen!)

Aber das muss ich in zwei Sätzen schaffen. Die CSU-Fraktion ist hier geschwankt. Sie hat unseren Antrag als blödsinnig bezeichnet. Helmut Brunner hat aber mit seinen Kollegen in Fulda zugestimmt, dass alle denkbaren Maßnahmen zu prüfen seien. Nachdem im Ausschuss schon dreimal auf meine Frage hin keine Antwort gekommen ist, möchte ich heute ein viertes Mal fragen, ob die CSU-Fraktion ihren Minister berichtigen möchte.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Jetzt ist die Zeit aber schon arg weit überschritten.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Sollte das der Fall sein, werden wir Augenzeuge einer ganz - -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege!

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Ich gebe der Präsidentin nach. - Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD – Allgemeine Heiterkeit – Volkmar Halbleib (SPD): Vielen Dank!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Nächster Redner ist der Kollege Arnold. – Bitte schön, Herr Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Herz hat einige Fakten schon genannt, auf die ich zur Vermeidung von Wiederholungen verweisen will. Nur um die Bedeutung für Bayern noch einmal herauszustellen: Nach wie vor ist es so, dass in Bayern jeder siebte Arbeitsplatz nachgelagert, vorgelagert und zentral von der Land- und Forstwirtschaft abhängt. 25 % der deutschen Milcherzeugung finden in Bayern statt. Wir haben 35.000 Milchviehhalter und alleine in der Molkereiwirtschaft über 14.000 Tarifbeschäftigte. Das sind Größenordnungen, die nicht nur in Bezug auf Milchpreise eine Rolle spielen, sondern auch im Hinblick auf den sozialen Frieden, auf die soziale Strukturierung unseres Landes und auf die Austarierung des ländlichen Raums. Deswegen ist es mitnichten ein Spezialproblem, das segmentarisch abgehandelt werden sollte, sondern eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, der wir uns hier stellen.

Diese gesamtgesellschaftliche Verantwortung kann nicht nur darin gesehen werden, um Unterstützungen aus Steuermitteln zu bitten. Das ist das eine, was schon über Jahre hin da ist. Wir sind gerade auch im Rahmen der EU dabei, die Dinge anders zu positionieren. Was der Kollege Herz jetzt über den Kommissar Hogan gesagt hat, scheint aber nicht sonderlich zuversichtlich zu stimmen. Auf der anderen Seite geht es auch darum, Erkenntnisse zu gewinnen und Mut zu schaffen, Erkenntnisse für diejenigen, die selber produzieren. Natürlich müssen sich Stallbauprogramme und sonstige Investitionen amortisieren. Bäuerliche Betriebe sind Familienbetriebe. Wenn ich in einer Notlage bin, gehe ich dazu über, erstmal die Kassen zu füllen oder zu versuchen, sie zu füllen. Das mache ich mit mehr Produktion. Das ist für den Einzelfall viel-

leicht sogar betriebswirtschaftlich richtig, aber in der Gesamtheit nicht zielführend; denn das führt alle in den Abgrund.

Wir müssen feststellen, dass wir in Bayern mit unserer Kleinteiligkeit ein Pfund haben, das es zu erhalten gibt. Gerade in der McKinsey-Studie, die in diesem Zusammenhang schon diskutiert worden ist, ist die Vielfältigkeit der mittelständischen Struktur unserer Agrarlandwirtschaft eines der Pfunde, mit dem wir wuchern können und müssen. Deswegen sind wir zu sacherhaltenden Maßnahmen gezwungen. In vielen Gegenden des Freistaats ist die Milchproduktion alternativlos. Grünland ist anders nicht verwertbar. Das muss man so deutlich sagen. Wenn dort keine Milchproduktion stattfindet oder diese eingestellt wird, wird sie anders kanalisiert, großindustriell oder möglicherweise industriell. Das kann doch niemandem vor Ort recht sein. Deswegen appelliere ich an Sie, zum einen die zinsverbilligten Darlehen zu geben, zum anderen aber auch die Bündelung zu unterstützen.

Wir haben eine Anhörung gehabt. Kempten zum Beispiel hat gemeldet, dass bürokratische Hindernisse da seien. Das darf nicht gemeldet werden, wenn es um eine Bündelungsabsicht geht und die landwirtschaftliche Verwaltung Schwierigkeiten macht. Hier besteht dringender Klärungsbedarf, aber auch das Bedürfnis nach Transparenz und Fürsorge von staatlicher Seite, das in diesem Zusammenhang zu betrachten.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu sehen, dass die landwirtschaftliche Verwaltung viel zu kurz kommt und immer noch unter dem Abbau leidet.

Heute Morgen habe ich von der Kollegin Stamm gehört, dass die landwirtschaftliche Verwaltung möglicherweise im Hinblick auf andere Bereiche einzusparen sei. Orientieren Sie sich mal in eine Richtung. Mit der Anbindehaltung ist es genau dasselbe. Sie haben versucht, die ganzjährige Anbindehaltung über Hessen verbieten zu lassen. Das ist die CDU. Was hörten wir? Anfang Dezember ist von Niedersachsen aus ein Stopp zu diesem Thema verfügt worden. Niedersachsen ist rot-grün. Ich kann Sie nur

bitten: Wirken Sie auf eine einheitliche Positionierung bei Ihren Kolleginnen und Kollegen hin, in diesem Zusammenhang auch bei den Kollegen von der CDU/CSU. Was die Hessen zu verbieten versuchen, wollen die anderen in diesem Zusammenhang nicht. Da kann man durchaus mal darauf achten, auf der Grünen Woche nicht nur gemeinsam zu feiern, sondern auch thematische Gemeinsamkeiten zu finden, um im Sinne der bayerischen, aber auch der deutschen Milchwirtschaft aufzutreten. Wir haben in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, auf die Erleichterung und Ermöglichung freiwilliger Mengenreduzierungen hinzuwirken. Das muss sein. Das geht auch durch Reduktion der Milchproduktion in Betrieben durch Verringerung des Kraftfuttereinsatzes. Solche Möglichkeiten bestehen.

Niemand will vorschreiben, was Sache ist, aber gleichzeitig will niemand dann, wenn alle Instrumente versagen, ein Insolvenzverfahren einleiten oder die Kleinteiligkeit der bayerischen Landwirtschaft beklagen und sagen, das hätte man anders machen können. Deswegen bitte ich um Zustimmung für beide Anträge. In diesem Sinne wünsche ich noch einen angenehmen Abend.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Arnold. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Schöffel. – Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu Ihnen, lieber Kollege Arnold: Das war ein kläglicher Versuch, uns in die Nähe eines Verbotes der Anbindehaltung zu stellen. Sie wissen genau, dass die CSU-Fraktion, unser Staatsminister Brunner und die Bayerische Staatsregierung diese Ansinnen aus anderen Bundesländern immer konsequent abgelehnt haben. So brauchen wir uns hier eigentlich nicht zu unterhalten.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Mit Ihren Leuten!)

Es ist völlig klar, dass der Milchpreis derzeit ungenügend ist, zu niedrig ist. Ich darf darauf hinweisen, dass in Bayern immer noch mehr ausbezahlt wird als in Norddeutschland; aber es ist zweifellos so, dass derzeit kein oder fast kein Deckungsbeitrag erwirtschaftet wird. Gerade für Betriebe mit ungünstiger Kostenstruktur liegt eine sehr schwierige, in Einzelfällen existenzgefährdende Situation vor.

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes hat heute darauf hingewiesen, dass für die Milchwirtschaft in Deutschland in diesem Wirtschaftsjahr ein Rückgang der Ergebnisse um im Durchschnitt 44 % zu beklagen ist. Das ist natürlich ein gewaltiger Betrag. Die Ursachen sind bekannt. Wir hatten in diesem Jahr in der EU in den ersten acht Monaten eine steigende Milchmenge von 1,2 %. Wir haben Schwächen oder eine Stagnation beim Export. Wir haben das Russlandembargo, das vor allem beim Käseexport schwer zu Buche schlägt. Wir haben in China festzustellen, dass Vollmilchpulver nicht mehr in dem Umfang eingeführt wird, wie wir das schon hatten.

Trotzdem – das wird im nächsten Redebeitrag eine Hauptrolle spielen – ist der Export für unsere Milchwirtschaft in Bayern und in Deutschland von größter Bedeutung. Er sichert die Strukturen in der bayerischen Milchproduktion und in der bayerischen Milchwirtschaft. Ohne den Export könnten wir nicht doppelt so viel produzieren, wie wir in Bayern verbrauchen. Man kann viele Beispiele aufführen: Die Molkerei Berchtesgadener Land exportiert unter anderem nach Afghanistan. Die Käserei Bergader liefert neuerdings nach Brasilien. Die Arla-Gruppe hat heute bekanntgegeben, dass sie ihr weiteres Wachstum zu über der Hälfte außerhalb der EU ermöglichen und entwickeln wird.Daraus kann man ganz klar ableiten, dass auch die kleinbäuerlichen Strukturen der Bergbauern und bayerischen Landwirte von diesen weltweiten Märkten profitieren.

Das wichtigste Ziel, das wir derzeit haben müssen, ist, neue Märkte zu erschließen und Exportbarrieren abzubauen. Da gibt es viele Ideen, dafür solle in Brüssel aus der Superabgabe Geld zur Verfügung stehen. Die Politik ist auf allen Ebenen, insbesondere auf Bundes- und Europaebene, gefordert, Handelsbarrieren zu überwinden, die vor

allem im phytosanitären Bereich liegen. Auf diesem Gebiet müssen wir beim Export etwas vorankommen.

Herr Ministerpräsident und Vertreter der Staatsregierung, es ist großartig und ein wichtiges Zeichen, dass man die Gespräche mit Russland nicht abreißen lässt und versucht, dort für den Milchsektor eine politische Lösung zu finden.

(Beifall bei der CSU)

Was wird in Brüssel vor allem angegangen? – Es sind die Finanzierung der privaten Lagerhaltung zur Marktentlastung und ein Liquiditätsprogramm für die landwirtschaftlichen Betriebe. Letzteres wurde umgesetzt und läuft bereits. Alle Betriebe, die ein Liquiditätsdarlehen aufgenommen haben, können mit einem Zuschuss von bis zu 10.000 Euro rechnen. Das hilft im Einzelfall gerade bäuerlichen Betrieben sehr.

Herr Staatsminister Brunner, es war unser Ansatz: Es war Ihr Ansatz, und es war der bayerische Ansatz, dass man von maximal 10.000 Euro spricht. Das ist kein Finanzierungsprogramm für ostdeutsche Großbetriebe, sondern ein Programm für die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland. Dass dieses Programm so gestaltet wurde, ist das Verdienst der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Wir starten in unserem Land aber auch für die regionale Vermarktung und zu deren Stärkung viele Initiativen. Das sind die Investitionsförderung VuVregio, das Marktstrukturprogramm, unser Bayerisches Biosiegel, unsere Initiative "BioRegio Bayern 2020", "Geprüfte Qualität - Bayern", die Unterstützung von Wochen- und Bauernmärkten, die Homepage www.milch-preis.de und vieles andere mehr. Wir haben den Wochenmarkt und den Weltmarkt im Blick. Nur so können wir unsere Strukturen weiterentwickeln und erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Aber es geht noch um andere, ganz konkrete Hilfen für die Landwirtschaft in dieser schwierigen Situation. Die CSU hat sich auf allen Ebenen dafür eingesetzt, dass der Bundeszuschuss für die landwirtschaftliche Unfallversicherung im Jahr 2016 um zusätzlich 78 Millionen Euro erhöht wird. Das bedeutet für Bayerns Bauern 20 bis 25 Millionen Euro.

Das Landwirtschaftsministerium arbeitet mit Hochdruck daran, alle Prämien und die Ausgleichszulage so schnell wie möglich auszuzahlen und einen Teil der KULAP-Gelder sowie die Direktzahlungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro noch vor Weihnachten dieses Jahres auszubezahlen. 90 % der Mittel werden in diesem Jahr ausbezahlt. Das ist in einem Jahr, in dem alles umgestellt und neu berechnet werden muss, eine große Leistung. Auch auf die Förderung der ersten Hektare, die wir durchgesetzt haben, möchte ich an dieser Stelle noch hinweisen. Wir lassen unsere Bauern und Bäuerinnen nicht im Stich, sondern tun alles, was wir tun können, damit eine schwierige Liquiditätssituation überwunden werden kann.

Die Bündelung wird derzeit aktiv vorangetrieben; denn diese ist wichtig. Die Rahmenbedingungen sind dafür bereits gut eingerichtet: Wir haben in Bayern die "Bayern MeG", die "Milchplattform e. V.". Das sind zwei leistungsfähige Organisationseinheiten. Die Bündelungsgrenze, die uns die Europäische Union vorschreibt, liegt in Deutschland bei 5,3 Millionen Tonnen. Die nichtgenossenschaftlich gebündelte Menge liegt in Deutschland bei 10 Millionen Tonnen. Das heißt, wenn man die Bündelung massiv vorantreiben wollte, könnte man deutschlandweit in zwei Organisationen bündeln. Aber davon sind wir noch weit entfernt. Natürlich liegt es ein Stück weit an den Milcherzeugergemeinschaften, an der Landwirtschaft und den Verantwortlichen, sich stärker zusammenzuschließen und zu kooperieren. Wir erwarten von dieser Bündelung einiges. Aber man sollte sich davon nicht zu viel erwarten. Das Landwirtschaftsministerium unterstützt überall dort, wo es Probleme gibt. Eines muss man an dieser Stelle auch einmal sagen: Unser großes Plus sind die Vielfalt an Produkten, unsere professionellen Abnehmer, die großen und kleinen Molkereien, die mit ihren vielfälti-

gen Absatzwegen die Möglichkeit bieten, dass in Bayern für die Milch mehr bezahlt werden kann und die Produkte weltweit abgesetzt werden können.

Zum Thema Mengensteuerung will ich nicht mehr viel sagen. Die Agrarminister haben den Prüfauftrag gestellt. Fachleute auf deutscher und europäischer Ebene werden sich weiterhin damit befassen. Ich nehme zur Kenntnis, dass sowohl das Thünen-Institut als auch das Kieler Institut für Landwirtschaftsökologie dazu viele Fragen gestellt haben und im Ergebnis dazu kommen, dass es so nicht umsetzbar ist.

In Ihrem Antrag sprechen Sie von einer branchenfinanzierten, kurzfristigen und freiwilligen Reduktion der Milcherzeugung. Ich möchte nicht bewerten, wie realistisch das ist. Auf jeden Fall ist es kein Lösungsansatz für die derzeit schwierige Situation unserer Bauern. Aber wir werden hören, was die Fachleute nach eingehender Prüfung dazu sagen werden. Phil Hogan hat in der letzten Woche auf der Sitzung des Bayerischen Bauernverbandes in Herrsching deutlich gemacht, dass er bei einer Weiterführung der Quote oder einer Mengensteuerung nicht dabei ist. Bayern hat sich immer für die Quote ausgesprochen. Man muss auf jeden Fall auf EU-Ebene einiges im Auge behalten, zum Beispiel die niederländischen Milchviehhalter; denn man sieht, dass es verschiedene Probleme, etwa Umweltprobleme, jetzt schon gibt.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Zeit.

Martin Schöffel (CSU): Wir lehnen Ihre Anträge ab und fordern Sie auf, an allen Stellen dafür zu sorgen, dass die deutschen und bayerischen Bauern nicht mit neuen bürokratischen Hürden und neuen Kosten überzogen werden. Ich denke dabei nur an die Düngeverordnung.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Martin Schöffel (CSU): Fordern Sie daher auch Ihre Bundesumweltministerin auf, Kostensteigerungen und Bürokratismus für die Bäuerinnen und Bauern abzuwenden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Schöffel. Können Sie bitte zurückkommen; denn wir haben noch eine Zwischenbemerkung. Sie haben es jetzt tatsächlich geschafft, Herrn Herz beim Überziehen der Redezeit zu übertreffen. Ich bitte die anderen, sich kein Beispiel daran zu nehmen. Auch hätte ich noch eine weitere Bitte: Drücken Sie die Knöpfchen an den Mikrofonen, wenn Sie sich zu Zwischenbemerkungen melden, weil wir – auch der Redner – dann Ihre Meldungen sehen. Dann finde ich auch das Mikrofon besser, das ich für die Zwischenbemerkung von Herrn Herz gleich freischalte; bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Schöffel, erstens haben Sie die 500 Millionen Euro und die jetzt bestehende Möglichkeit der Darlehen angesprochen. Soweit, nicht so gut; denn zum einen sind 500 Millionen Euro für ganz Europa ein Tropfen auf den heißen Stein. Zum anderen sind die Landwirte angehalten, 900 Millionen Euro aus der Superabgabe abzugeben. Das sind also im Endeffekt Gelder von Landwirten für Landwirte. Es muss uns klar sein, dass es das im nächsten Jahr nicht mehr geben wird. Wie stehen Sie dazu? Stimmen Sie der Aussage zu, dass dies eine fragwürdige Finanzierung ist?

Zweitens. Herr Minister Brunner hat in verschiedenen Statements die Prüfung dieser kurzfristigen Mengenreduzierung empfohlen. Sie haben dies erneut abgelehnt. Wollen Sie heute Ihren Minister wirklich bloßstellen?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege Herz, ich kann nur wiederholen: Nach meinen neuesten Zahlen stehen aus der Superabgabe 818 Millionen Euro zur Verfügung, die für den Milchsektor eingesetzt werden müssen. Derzeit haben wir eine schwierige Situation. Man muss also prüfen, wie man zum einen die Liquidität der Betriebe erhält, zum anderen aber auch Märkte entwickelt. Wie die Situation im nächsten und im übernächsten Jahr aussieht, können wir heute noch nicht sagen. Darüber wurde bereits

viel spekuliert. In der ersten Säule und in der gemeinsamen Agrarpolitik ist vorgesehen, dass man auf besondere Krisen besonders reagiert.

Was die Mengensteuerung anbelangt, kann ich nur nochmals darauf hinweisen, dass von den deutschen Agrarministern ein Prüfantrag gestellt wurde. Dieser Antrag wird in einer Arbeitsgruppe von Bund und Ländern behandelt werden. Dabei werden alle Probleme und aufgeworfenen Fragen behandelt. Dann werden vielleicht auch Sie sich damit intensiv beschäftigen. Ich habe dies für mich bereits getan und komme dazu, dass man da verschiedene Fragen aufzuwerfen hat. In der jetzigen Krisensituation braucht es andere Mittel, um den Markt schnell entlasten und neue Märkte entwickeln zu können. Ich gehe davon aus, dass dies auch im nächsten Jahr für unsere Milchwirtschaft einiges an guten Perspektiven ergeben wird.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Schöffel. Unsere nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen den beiden Anträgen zu; aber die Lösung in der Milchkrise muss viel grundsätzlicher gedacht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Milch aus Bayern" könnte eigentlich das Markenprodukt werden, gekoppelt mit Weidehaltung, hervorragender Qualität und gentechnikfreiem Futter. "Bayern" ist in vielen Bereichen ein hervorragender Markenname, nur nicht bei der Milch und auch nicht bei den Eiern. Für die Milchkrise gibt es eine Lösung, nämlich gutes Geld für ein gutes Produkt. Die "Milchwerke Berchtesgadener Land" machen es vor. Wenn wir uns die Milchauszahlungstabelle ansehen, dann sticht ein Balken hervor, nämlich die 38 Cent, die die "Milchwerke Berchtesgadener Land" für die konventionelle Milch aus dem Voralpenland mit gentechnikfreier Fütterung ausbezahlen.

Es geht also, wenn man will und wenn man sich eine Vermarktungsstrategie überlegt, die für beide Seiten funktioniert. Bei der Biomilch funktioniert diese Vermarktungsstrategie noch besser. Der Biomilch-Auszahlungspreis ist im Gegensatz zum konventionellen Milchpreis stabil geblieben; denn dieser ist seit dem Vorjahr im Durchschnitt um 7 Cent zurückgegangen. Ökologisch, regional und fair – so muss die Landwirtschaft der Zukunft sein, wenn wir alle noch eine Zukunft haben wollen. Schließlich geht es auch um die Wertschätzung von Lebensmitteln. Werden die Lebensmittel wertgeschätzt, dann werden auch die Menschen wertgeschätzt, die in der Lebensmittelerzeugung arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist der Grundstock unserer Gesellschaft. Die Landwirtschaft sollte nicht nur Rohstofflieferant für billige Industrieprodukte sein. Das ist eine Degradierung der Landwirtschaft. Eine Exportoffensive, wie sie der Bundeslandwirtschaftsminister anpreist, ist keine dauerhafte Lösung. Sie hilft nur der Agrarindustrie, aber sicher keinem bayerischen Milcherzeuger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Weltmarktorientierung der Großmolkereien und die damit verbundenen Milchpreise sind Entwicklungen, die auf Kosten der Milcherzeuger gehen. Die exportorientierte bayerische Milchproduktion ist im Übrigen ersetzbar. Große Milchkonzerne wie "Fonterra", "Nestlé", "Arla Foods" und selbst die Müller-Gruppe haben begonnen, in China Megaställe aufzubauen. Irgendwann wird China seinen gesamten Milchbedarf selbst produzieren. Dann wird auch dieser Exportmarkt weg sein.

Ich hatte ebenfalls das Vergnügen, bei der Jahreshauptversammlung des Bayerischen Bauernverbandes dabei zu sein. Die Lösungen von Phil Hogan sind für die bayerischen Bauern nicht geeignet. Er hatte nur zwei Lösungen parat: Die erste Lösung waren verbilligte Kredite. Das ist ganz wichtig. Die zweite Lösung war eine Restruktu-

rierung der Milchwirtschaft in Europa, um mit Neuseeland in den Wettbewerb treten zu können, so Phil Hogan wortwörtlich.

Bayern und Neuseeland? – Das kann nicht gut gehen. In Bayern herrschen doch andere klimatische Verhältnisse und andere geografische Bedingungen. Warum soll das eigentlich gut gehen? Warum soll die Landwirtschaft auf Biegen und Brechen nivelliert und vereinheitlicht werden? Wem dient das denn? – Den Erzeugern ganz sicher nicht, und auch nicht den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Eine Vereinheitlichung der Produktion führt zu einer Vereinheitlichung des Nahrungsangebotes. McDonald's lässt grüßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Gesellschaft verändert sich. Immer mehr Menschen begreifen, welch schönes und wichtiges Kulturgut wir verlieren, wenn wir die Landwirtschaft gnadenlos und ausschließlich der Betriebswirtschaft unterwerfen. Wir können das tun; das ist unsere Entscheidung. Dann müssen wir aber auch so ehrlich sein und allen bayerischen Milchviehbetrieben sagen: Sperrt's einfach zu! Hört's doch auf! - Die industrielle Landwirtschaft in Neuseeland, Australien und den Vereinigten Staaten wird immer günstiger produzieren als ein Milchviehbetrieb im Voralpenland. Aber genau dieser Milchviehbetrieb im bayerischen Voralpenland schenkt uns sehr viel mehr. Er schenkt uns eine schöne Kulturlandschaft, schützt die Ressourcen und geht sorgsam mit der Natur, dem Boden und den Tieren um. Darum kümmern sich unsere Bäuerinnen und Bauern.

Bayerische Bauern brauchen keinen Phil Hogan und keinen Christian Schmidt. Bayerische Bauern brauchen eine konsequente Umsteuerung auf nachhaltige und ökologische Qualitätsproduktion, die die einheimische Nachfrage endlich einmal befriedigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin. – Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Mir liegt noch der Wunsch nach einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Steiner vor.

Klaus Steiner (CSU): Frau Kollegin, ich habe einmal mehr den Eindruck gewonnen, dass Sie überhaupt nicht wissen, worüber Sie eigentlich reden.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben die Vermarktungsstrategie gelobt. Ich will das an einem Beispiel festmachen: Die Vermarktungsstrategie der Pidinger Milchwerke ist wirklich grandios, da gebe ich Ihnen recht. Aber wann kapieren, wann verstehen Sie es endlich, dass Piding in 18 Länder der Welt exportiert? - Ich habe Ihnen das schon zwanzigmal gesagt. "Bergader" exportiert in 35 Länder der Welt. Die kleinbäuerliche landwirtschaftliche Struktur, die Sie richtigerweise schildern, und der Milchpreis sind nur mit dem Export zu halten. Wir brauchen eine Kombination aus Regionalität und Export von hochwertigen Nahrungsmitteln und Milchprodukten. Wann verstehen Sie endlich dieses System?

(Zuruf von der CSU: Nie!)

Sie sprechen die ganze Zeit gegen den Export und gegen Exportstrategien. Das ist doch Unsinn, was Sie hier erzählen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Steiner, es ist sicherlich kein Unsinn, wenn man anderer Meinung ist. – Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Da Sie mir keine konkrete Frage gestellt haben, werde ich darauf auch nicht antworten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Sengl. – Nun hat sich noch Herr Staatsminister Brunner zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst freue ich mich, dass sich alle Parteien im Hohen Hause darüber Gedanken machen, wie wir die Existenz unserer Milchbauern sichern können und wie wir den Milchpreis wieder in die Höhe bringen. Auch ich teile die Sorgen, die hier formuliert worden sind. Wir alle wissen aber auch, dass es in einer Sozialen Marktwirtschaft nicht einfach ist. Deswegen sollten wir bei diesem Thema differenziert diskutieren und vorgehen. Zunächst stellt sich die Frage, welche Weichenstellungen und Begleitmaßnahmen vonseiten der Politik beschlossen werden können. Welche Maßnahmen können wir zur Markterschließung im Hinblick auf den Binnenmarkt und den Export ergreifen, und was können wir möglicherweise in der Wertschöpfungskette optimieren?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Milchpreis ist das eine, die Produktionskosten sind das andere. Interessant ist der Unterschied zwischen dem Produktionspreis, den Produktionskosten, und dem Produktpreis. Diesbezüglich gibt es bei den verschiedenen Betrieben noch Optimierungsmöglichkeiten. Die Bildung, die Beratung und die Weiterbildung spielen ebenfalls eine wesentliche Rolle. Im Hinblick auf die Preisgestaltung ist es richtig, dass wir einen im Durchschnitt um 3 Cent höheren Preis haben als in Norddeutschland oder im übrigen Deutschland. Das ist unter anderem unserem hohen Veredelungsgrad zu verdanken. Außerdem besetzen wir Nischen, stellen Spezialitäten her und bieten Premiumprodukte an. Diese Strategie ist von Erfolg gekrönt. Ich möchte hier sowohl die Milcherzeuger als auch die Verarbeiter, nämlich unsere Molkereien, positiv erwähnen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Danke, Frau Präsidentin. – Wir haben in Bayern einen überdurchschnittlichen Preis, der aber hinsichtlich der Produktionskosten trotzdem unbefriedigend ist.

Ich gehe jetzt nicht mehr auf das ein, was bereits gesagt worden ist, sondern möchte Sie nur noch über die neuesten Entwicklungen informieren. Ja, wir haben bei der Agrarministerkonferenz in Fulda zum Maßnahmenkatalog einen einstimmigen Beschluss gefasst. Ich behaupte in aller Bescheidenheit: Ohne Bayern wäre dieser Beschluss nicht zustande gekommen. Dieser Beschluss reicht von der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, die einen höheren Zuschuss erhält, bis hin zu Liquiditätsprogrammen und zu Maßnahmen der Marktentlastung. Bayern hat dabei vorgeschlagen, kurzfristig Mengen aus dem Markt zu nehmen und die Produkte in die private Lagerhaltung oder in die zentrale Lagerhaltung zu überführen, um den Markt zu entlasten.

Diese vorhin angesprochene Arbeitsgruppe hat inzwischen auch getagt. Das heißt, alle 16 Bundesländer und der Bund setzen sich zusammen und versuchen, einen Fragenkatalog zu erarbeiten. Wir überlegen, wie wir neben den begleitenden Stützungsmaßnahmen auch marktregulierende Instrumente realistisch umsetzen können. Es geht nicht um eine erneute Quoteneinführung. Da sind sich alle einig. Fakt ist, dass wir momentan erheblich mehr auf dem Markt haben, als verbraucht wird. Dafür gibt es verschiedene Gründe, vom Russlandembargo über die wirtschaftliche Schwäche Chinas bis hin zur Mehrproduktion in Australien. Fakt ist: Wir können eben nicht vom Binnenmarkt alleine leben. Bayern hat einen Selbstversorgungsgrad bei Milch von 174 % und bei Käse von 330 %. Das ist Fakt. Nun versucht also dieses Gremium, einen Fragenkatalog zu erarbeiten, den Berlin dann nach Brüssel weitergibt. Man kann sich Versicherungslösungen vorstellen, Molkereimaßnahmen oder eben auch eine kurzfristige Reduzierung der Menge. Brüssel wird dann prüfen, ob die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, ob das politisch durchsetzbar ist, ob es finanzierbar ist und so weiter.

Diese Arbeitsgruppe hat vorgestern auch etwas vorgeschlagen, was ich schon seit Monaten tue, nämlich den Interventionspreis anzuheben, damit der Milchpreis nicht auf 21,5 Cent absinkt, bis er dann gestützt wird. Ich habe immer vorgeschlagen, dass

der Preis bei mindestens 25 Cent liegen soll. Ich denke, auch das ist ein wichtiger Mosaikstein.

Insgesamt gesehen sollten wir aber noch einmal an die gesamte Wertschöpfungskette appellieren. Wenn wir nachhaltige und ganzheitliche Lösungsansätze dauerhaft verankern wollen, dann müssen wir auch den Verbraucher einbinden. Wir müssen ihn von der besonderen Qualität der Produkte überzeugen, die wir hier in Bayern erzeugen. Die Frische, die kurzen Transportwege, die Nähe, die hohe Qualität, das alles sind Vorteile für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir können nur an die Verbraucher appellieren, heimische Ware zu kaufen und den etwaigen Kostenaufwand für die Produktion mit einem vernünftigen Preis zu entgelten. 11% seines Einkommens für Nahrungsmittel auszugeben reicht vermutlich dauerhaft nicht aus, meine Damen und Herren, um unsere kleinteilige Landwirtschaft dauerhaft zu stützen und wettbewerbsfähig zu halten.

Dennoch bin ich stolz darauf, dass quasi jeder zweite Milcherzeuger Deutschlands in Bayern angesiedelt ist, in Bayern produziert. Mit unseren Förderprogrammen, mit der Ausgleichszulage, dem Kulap, der Investitionsförderung unterstützen wir unsere Betriebe besser als irgendwo anders in Deutschland. In diesem Sinne hoffe ich, auch wenn ich den Silberstreifen am Horizont noch nicht erkennen kann, dass wir wenigstens im Laufe des nächsten Jahres, vielleicht des ersten Halbjahres, wieder eine Verbesserung der Marktsituation bekommen werden. Damit bekämen wir auch wieder ansteigende Milchpreise.

In diesem Sinne bedanke ich mich beim Parlament für die allgemeine Unterstützung. In den Detailfragen werden wir uns nicht immer einig sein. Wir versuchen aber, diese Meinungsvielfalt auch bei der Agrarministerkonferenz zu kanalisieren und zu bündeln. Ich denke, Bayern ist dabei immer seiner Verantwortung nachgekommen.

(Allgemeine Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir wissen, für die bayerische Landwirtschaft hat die Michwirtschaft eine herausragende Bedeutung.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung. Da für den Antrag der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantrag worden ist, lasse ich zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion abstimmen, und zwar in einfacher Form.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8095 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir führen nun die namentliche Abstimmung zum Antrag der FREIEN WÄHLER durch. Das ist die Drucksache 17/7784. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.15 bis 18.20 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben. Ich bitte, wieder die Plätze einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

(Allgemeine Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Meine Damen und Herren, ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Interventionspreis bleibt auf niedrigem Niveau – Soforthilfe für die Milcherzeuger", Drucksache 17/7784, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 63, mit Nein 86, Enthaltungen keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7 – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.12.2015 zu Tagesordnungspunkt 23: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Interventionspreis bleibt auf niedrigem Niveau - Soforthilfe für die Milcherzeuger (Drucksache 17/7784)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang			
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	63	86	0